

land mehren sich die "Maastricht-Gegner" ebenfalls von Woche zu Woche. Die Forderung nach einer Referendums-Möglichkeit wird immer nachdrücklicher erhoben. Premier John Major lehnt dies jedoch nach wie vor kategorisch ab. Dies führte in jüngster Zeit dazu, dass selbst Mitglieder der Regierungspartei jede Gelegenheit wahrnehmen, um das Vertragswerk zu torpedieren. Die sogenannte "Recession" erhole sich langsam von der weltweit anhaltenden Rezession erhole. Die sogenannten "reichen Staaten" weisen derzeit ca. 33 Milliarden Arbeitslose auf, was einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 8% entspricht. Bezogen auf die osteuropäischen Länder konnte festgestellt werden, dass der "abrupte" Übergang zur Marktwirtschaft zu einem steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat. 1990 lebten 192 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, was ausgehend vom Stand 1980 einem Anstieg von 5% entspricht.

70. Weitere Integration Europas auch ohne Einheitswährung möglich

Der ehemalige Präsident der Landeszentralbank Hamburg und Mitglied des Zentralbankrates Frankfurt, Wilhelm Nölling, sieht im Maastrichter Vertrag zwei währungspolitische Grundirrtümer. Erstens: Diese Verträge stehen unter einem Automatismus, da die Einführung der Europawährung spätestens ab 1.1.1999 in Kraft treten wird. Gleichzeitig legte man die Bedingungen fest, unter welchen für jedes einzelne Land eine Teilnahme möglich ist. Man weiss bis zum letzten Tag nicht genau, wer nun teilnehmen kann und wer ausgeschlossen werden muss. "Die Gefahr einer Manipulation ist gross", meint Wilhelm Nölling. Zweitens: Eine Währungsunion nach dem Maastrichter Vertrag bürdet der Europäischen Zentralbank (EZB) die Alleinverantwortung für Geldmengen und Zinshöhe und damit für Preisstabilität in allen Teilnehmerländern auf. Damit wird eine noch so unabhängig gestaltete Zentralbank überlastet und funktionsunfähig. Die Märkte für Güter und Dienstleistungen seien bereits in hohem Masse integriert, und dies auch ohne Einheitswährung. Eine gemeinsame Währung für den europäischen Binnenmarkt sei an sich wünschenswert und werde sicherlich auch irgendwann einmal kommen. Im übrigen glaubt Nölling, dass das Regieren in Deutschland durch "Maastricht" um einiges schwerer werden wird. Bundeskanzler Kohl ist davon überzeugt, dass Deutschland von einer gemeinsamen Währung profitieren wird. Karl Otto Pöhl, ehemaliger Chef der Deutschen Bundesbank, glaubt jedoch, dass die europäische Währungsunion nur unter der Prämisse, dass es auch zu einem "europäischen Bundesstaat" kommt, richtig ist.

71. Abnehmende Beschäftigung in Liechtensten trotz Bekennung zur "europäischen Integration"

Einer Veröffentlichung des Amtes für Volkswirtschaft ist zu entnehmen, dass die derzeitige Konjunktursituation auf einem etwas tieferen Niveau verharrt als vor zwei Jahren. Obwohl sich die Auftragseingänge für die Industrie und das produzierende Gewerbe verbessert haben, ist die Beschäftigung im 4. Quartal 1992 zurückgegangen. Rund zwei Drittel der Unternehmen sprechen von einer befriedigenden Lage, welche in nächster Zukunft praktisch identisch verlaufen wird. Nachdem sich die Ertragslage im 4. Quartal 1992 stabilisiert hat, rechnet man für das 1. Quartal 1993 mit einer leichten Abschwächung. Für das 1. Quartal 1993 erwarten ferner mehr als 4/5 aller Unternehmen einen abnehmenden Beschäftigungsgrad.